

dbb Hessen Nachrichten

NUMMER 1/2020

IN ALLER KÜRZE

Sehr geehrte Damen und Herren,

allen Leserinnen und Lesern wünschen wir noch ein gutes und erfolgreiches neues Jahr!

Das neue Jahr etwas langsamer angehen lassen, mag sich der eine oder andere als Vorsatz in das neue Jahrzehnt hinübergerettet haben. Das gilt traditionell nicht für den dbb, der das Jahr stets mit einer der wichtigsten Veranstaltungen des Jahres eröffnet, der dbb Jahrestagung. Die fand am 6. und 7. Januar in Köln statt. Alles Wissenswerte dazu lesen Sie nebenan. Wir wünschen gute Unterhaltung!



Guter Start ins Jahr 2020



„Aufbruch“ bei der Jahrestagung 2020

Zwei prall gefüllte Tage, viele hochkarätige Gesprächs- und Diskussionsteilnehmer, dazu jede Menge Impulse und Ideen für die Themen, die den öffentlichen Dienst umtreiben – so könnte man, in aller Kürze, die dbb Jahrestagung zusammenfassen. Sie hat am 6. und 7. Januar in Köln stattgefunden.

Doch werden wir konkret: Der Öffentliche Dienst ist ein Sanierungsfall - zumindest laut **Ulrich Silberbach, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbunds**. Zumindest lautet so seine Einstiegsthese zur Jahrestagung 2020 in Köln. Zwei Tage diskutieren Delegierte und Politiker über Politik und Gesellschaft, immer mit Blick darauf, was das auch für den öffentlichen Dienst bedeutet. "Wir müssen schleunigst zusehen, wie wir den öffentlichen Dienst mit sinnhafter Digitalisierung und nachhaltiger Personalpolitik fit für die Zukunftsaufgaben bekommen", sagte Silberbach zur Eröffnung und spielte den Ball in Richtung von **Bundesinnenminister Horst Seehofer**.

Dieser sieht die Leistungsfähigkeit als "hervorragend". Die Herausforderungen sieht er aber auch: Digitalisierung, eine Heimatstrategie für gesellschaftlichen Zusammenhalt (Regional- und Strukturpolitik) sowie die Attraktivität des ÖD als Arbeitgeber treiben ihn als zuständigen Minister besonders um. Dem ÖD fehlen aktuell rund 200.000 Mitarbeiter. Eine nahende Pensionierungswelle wird das noch verschärfen. Aber auch das Bemühen hat Grenzen. Mit Blick auf die vom dbb gewünschte Senkung der Wochenarbeitszeit der Beamten von 41 auf 40 Stunden machte Seehofer wenig Hoffnung. Er wolle erst einmal Personal schaffen. Danach könne man über eine Senkung der Arbeitszeit nachdenken. Beides auf einmal sei dem Finanzminister kaum vermittelbar.

Unterstützung erhielt der dbb von **NRW-Ministerpräsident Armin Laschet**. "Wir brauchen genügend Menschen, die unsere Zukunftsthemen managen. Diese gewinnen wir nur, wenn der Staat als Arbeitgeber attraktiv ist." Angesichts der zunehmenden Gewalt gegenüber Beschäftigten forderte Laschet eine entschiedeneren Haltung von Politik und Gesellschaft. "Hier brauchen wir ein Stoppschild."

Die zunehmende Gewalt treibt auch Seehofer um. Dies seinen "Angriffe auf unsere freiheitliche demokratische Grundordnung und damit auf uns alle".

"Wir sollten nicht die Verantwortung für alles übernehmen. Wer das Perfekte anstrebt, landet in der Diktatur."

Wolfgang Schäuble

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble indes warnte vor zu viel Staat. "Wir sollten nicht die Verantwortung für alles übernehmen", sagte er. "Wer das Perfekte anstrebt, landet in der Diktatur." Vielmehr warb er dafür, den Bürgern die Lösung von Problemen auch ohne staatliches Zutun zuzutrauen. "Wer Verantwortung mitträgt, akzeptiert Kompromisse besser", sagte Schäuble.

Bei der Diskussion diskutierte Schäuble mit **Wissenschaftler Herfried Münkler, SPD-Politiker Kevin Kühnert und Jens Teutrine (Landesvorstand NRW JuLis)** über ein neues Verhältnis von Staat und Bürgern.

Herfried Münkler skizzierte ein Dilemma der Politik. Einerseits hätte in der Vergangenheit eine Professionalisierung in den Verwaltungen zugenommen, was Fehler und Ineffizienz minimierte. „Wo professionelle Politik ausgeübt wird, herrscht fachliche Effizienz. Ehrenamtliches Engagement wird allerdings zurückgedrängt.“

Auch Sicht von **Kevin Kühnert** sind die unterschiedlichen materiellen Voraussetzungen der Menschen Engagementkiller. Auch zunehmend fehlende Strukturen seien schlecht für die Politik. Vom Staat erwarte er, Demokratie dorthin zu tragen, wo die Menschen leben. „Das muss zur politischen Priorität gehören, sonst laufen wir Gefahr, Strukturen vor allem in der Fläche zu vernachlässigen.“

Jens Teutrine beklagte das starke Interessensgefälle zwischen Stadt und Land: „Um hier gegenzusteuern plädieren wir für die Senkung des Wahlrechts auf 16 Jahre.“ Umfragen zeigten, dass diese Altersgruppe politisch die aktivste und engagierteste ist, so Teutrine. „Wer früh zum ersten Mal wählt, wird wieder wählen.“

Wie tickt die Jugend politisch? Dieser Frage ging die zuständige **Bundesministerin Franziska Giffey** nach, machte aber zugleich wenig Hoffnung auf eine eindeutige Lösung. Sie kam zum Schluss, dass die Jugend keine homogene Gruppe ist. Sie rief diese Alterskohorte zur Teilhabe auf – möglichst, mit Blick auf Fridays for Future nicht nur bei Demonstrationen und Protesten. „Wer wirklich etwas bewegen will, muss in politische Ämter gehen. Dazu möchte ich alle jungen Menschen ermutigen.“

Anschließend diskutierte sie mit **Karoline Herrmann von der dbb Jugend, Martin Horn (OB Freiburg und jüngster OB Deutschlands) und Quang Anh Paasch (Fridays for Future)**.

Karoline Herrmann sagte: „Junge Menschen müssen merken, dass es was bringt sich zu engagieren.“ Das setze aber einen intakten Kommunikationsfluss voraus. Im dbb ist die Jugend inzwischen mit beratender Stimme in der Bundesleitung repräsentiert. „Das nehmen wir sehr ernst“, sagte Herrmann.

Martin Horn aus Freiburg kommt aus einer Stadt, in der die Jugend sehr politisch ist. Die größte Demonstration, die die Stadt je sah, war der Klimastreik im vergangenen Herbst. Horn sieht die Kommunen als hervorragenden Ort für politische Partizipation, auch die der Jugend. Zudem hat man, mit Blick auf die heranwachsende Klientel, die Kommunikationsstrategie in der Verwaltung überdacht. „Wir erreichen über herkömmliche Medien nur noch 20 Prozent der Bürger, deshalb kommunizieren wir mehr und mehr auch über die sozialen Medien.“

Weil man eine vielfältige und parteilich unabhängige Bewegung sei, sei das Erfolgsgeheimnis von Friday for Future, wie deren Sprecher **Quang Anh Paasch** erläuterte. Ein weiteres sei das Ziel der Bewegung, direkt Einfluss auf die Demokratie nehmen zu wollen, ohne lange Umwege durch politische Gremien. „Das ist etwas, was man als junger Mensch in Parteien und Politik kaum oder nur sehr schwer erreicht.“ Eine hoffnungslose Einstellung der Jugend angesichts des Klimawandels sieht er nicht. „Gerade weil wir wissen, wie stark der Staat sein kann, wenn er will, haben wir Hoffnung und treiben die Dinge an.“ Mehr unter: www.dbbhessen.de

"Gerade weil wir wissen, wie stark der Staat sein kann, wenn er will, haben wir Hoffnung und treiben die Dinge an."

Quang Anh Paasch, Fridays for Future



dbb
beamtenbund
und tarifunion
Landesbund Hessen

Impressum

V.i.S.d.P.:

dbb Hessen

Pressesprecher
Andreas Nöthen

Europa-Allee 103 (Praedium)
60486 Frankfurt
Mail: presse@dbbhessen.de
Telefon: 069/281 780

Mitgliedschaft der Ruheständler und Pensionäre. Bei einer beabsichtigten Bestellung ist die hessische dbb-Seniorenvertretung gerne behilflich.

Praktisch: Beihilfeantrag künftig online einreichen

Den Beihilfeantrag kann man ab sofort elektronisch einreichen und den Bescheid dazu entsprechend zugestellt bekommen. Der Weg ist entweder das eBeihilfe-Portal oder eine App. Näheres dazu gibt es auf der Homepage des Regierungspräsidiums Kassel unter www.rp.kassel.hessen.de in der Rubrik **Bürger&Staat/Beihilfen/eBeihilfe-Portal-App**. Damit wird eine lange Forderung des dbb Hessen umgesetzt.

Magazin für Ruheständler

Die dbb-Seniorenvertretung auf Bundesebene gibt mit Unterstützung des dbb ein eigenes Magazin für Ruheständler heraus. Die monatlich erscheinenden Hefte befassen sich mit Themen aller Art, die auch und noch im Ruhestand von Bedeutung sind. Zugleich enthalten sie Interviews mit dbb-Madaträgern, Politikern und Wissenschaftlern. Desgleichen erfolgt „ein Blick über den Zaun“ in andere Bundesländer. Das Heft kostet im Abonnementbezug monatlich 1.19 Euro, einschließlich der Postzustellung. Der dbb Hessen empfiehlt den Mitgliedsgewerkschaften, einen Bezug für ihre Pensionäre und Ruheständler zu prüfen. Ein Bezug dient auch der Festigung der

Werbetext: Aufgepasst auf der Skipiste!

Laut Auswertungsstelle für Skiunfälle verletzten sich in der zurückliegenden Skisaison 46.000 Deutsche beim Wintersport so schwer, dass eine ärztliche Behandlung notwendig wurde, für ca. 8.000 von ihnen sogar stationär. Die DBV Deutsche Beamtenversicherung, langjähriger Kooperationspartner des dbb vorsorgewerk, bietet leistungsfähige Versicherungsangebote mit attraktiven Beitragsvorteilen für Neuverträge.

Wer nicht nur in Deutschland Ski fährt, sollte eine Auslandsreise-Krankenversicherung im Versicherungsordner haben. Sie bezahlt u.a. den Rücktransport, wenn er medizinisch sinnvoll und vertretbar ist. Diese Kosten werden von keiner gesetzlichen Krankenkasse übernommen, auch von den meisten privaten nicht. Auch für Privatversicherte mit Beihilfeanspruch ist die Absicherung sinnvoll, um den Anspruch auf Beitragsrückerstattung nicht zu gefährden. Die Auslandsreise-Krankenversicherung über das dbb vorsorgewerk gibt es bereits für knapp 8 Euro pro Jahr.

Das dbb vorsorgewerk empfiehlt generell den Abschluss einer privaten Unfallversicherung, wie die „Unfall komfort“ der DBV. dbb-Mitglieder und Angehörige profitieren beim Abschluss von 3 Prozent Beitragsvorteil. Auch wichtig: Eine Haftpflichtversicherung übernimmt alle gegnerischen Kosten. Exklusiv für dbb-Mitglieder und Angehörige: 3 Prozent Beitragsvorteil bei Abschluss einer Privathaftpflichtversicherung bei der DBV. Mehr unter www.dbb-vorteilswelt.de/versicherung



dbb
vorsorgewerk



dbb
vorteilswelt

Beste Vorteile. Beste Marken. Beste Rabatte.